

Eins kaufen, zwei zahlen?

Zwei Teile kaufen, eins bezahlen – mit dieser Masche werben manche Läden. Doch beim Flohmarkt beim Hünfelder Martinsmarkt war es – unfreiwillig – andersherum gegangen: Ein Paar hatte nämlich bei einer Hünfelderin zwei Bilder gekauft und bezahlt – aber nur eines mitgenommen. Das andere, ein Gemälde in einem ovalen, goldfarbenen Rahmen, war im Kauf- und Einpack-Getümmel liegengeblieben. Die Verkäuferin bemerkte das Malheur erst zu spät – und wendet sich nun an Florian, damit das Bild doch noch zu den neuen Besitzern kommt. Wer also sein zweites Bild vermisst, der kann sich unter (0 66 52) 96 64 11 an die Geschäftsstelle der Hünfelder Zeitung wenden. Die hilfreichen Kolleginnen stellen dann den Kontakt zu der Bildverkäuferin her. Auf eine erfolgreiche Vermittlung hofft Ihr

Florian

Zufriedene Landwirte

Projekt Biosphärenrind / S. 18



Kindheit zur NS-Zeit

Ausstellung in Marienschule / S. 14

Niederkalbacher wehren sich gegen Fusion

Überwältigende Mehrheit gegen Zusammenschluss der Kirchengemeinden



Die Niederkalbacher wünschen sich, dass ihre Kirchengemeinde selbstständig bleibt. Der Bischof hat es bereits anders entschieden.

Foto: Volker Nies

KALBACH

Das ist kein guter Start für die geplante Fusion der vier katholischen Kirchengemeinden in Kalbach: Bei einer Umfrage in Niederkalbach haben sich nur sechs Gläubige für die Fusion ausgesprochen, aber 357 dagegen. Die Kirche hält dennoch an ihren Plänen fest.

Von unserem Redaktionsmitglied **VOLKER NIES**

„Dass sich so viele Gemeindeglieder kritisch äußern, überrascht mich“, sagt Pfarrer Jens Clobes. Weil die Zahl der Gottesdienstbesucher und der Pfarrer stark zurückgeht, beschlossen die Gremien der Gemeinden in Mittelkalbach, Ut-

trichshausen, Veitsteinbach-Eichenried sowie Niederkalbach im Sommer 2014, sich ab Anfang 2016 zur Gemeinde St. Kilian Kalbach zusammenzuschließen. Im Advent 2014 machte Clobes dies öffentlich.

In Niederkalbach war die Stimmung von Anfang an kritisch. Der Verkauf des Niederkalbacher Pfarrhauses sorgte für zusätzlichen Unmut. In einer ersten Abstimmung 2014 stimmten der Niederkalbacher Pfarrgemeinderat und der Verwaltungsrat gegen die Fusion, erst in einer zweiten Abstimmung mit einer Stimme Mehrheit dafür. Damit lief der Fusionsprozess an.

Gegen diesen Beschluss macht eine Gruppe von sieben Niederkalbachern mobil – sechs Männer, eine Frau. „Alle haben sich viele Jahre für die Kirche engagiert“, erkennt Clobes an. Die sieben Aktiven, die

schnell viele Anhänger gewannen, argumentieren, einen grundsätzlichen Beschluss wie die Auflösung der Gemeinde dürften nicht kleine Gremien treffen, sondern dazu müsse die gesamte Gemeinde gehört werden. Die Zentralisierung in größeren Einheiten schwäche das kirchliche Leben. Clobes hingegen hält es für ein demokratisches Prinzip, dass gewählte Gremien entscheiden – auch über eine Auflösung.

Die Kritiker sammelten erst Unterschriften, jetzt führten sie eine Umfrage durch – mit dem klaren Ergebnis von 357 zu 6 gegen die Fusion. „Damit das Ergebnis nachprüfbar ist, stehen die Namen der jeweiligen Gemeindeglieder auf dem Stimmzettel“, berichtet Manfred Lauer, einer der sieben Kritiker. Clobes hält eine Umfrage, bei der man nicht anonym abstimmt, für wenig seriös. Bei

1200 Gemeindegliedern seien 360 Kritiker zudem nicht die Mehrheit.

„Es geht um Emotionen“, erklärt Clobes. Niederkalbach – nach Mittelkalbach Kalbachs zweitgrößter Ortsteil – habe in den vergangenen Jahrzehnten viel verloren: die Selbstständigkeit, die Schule, das Postamt, den Laden. Geblieben seien die Kirche und die Feuerwehr. „Deshalb respektiere ich das Engagement“, sagt der Pfarrer. Die Pfarrgemeinderäte klagen allerdings, einige ihrer Mitglieder seien in dem Diskussionsprozess beleidigt worden.

Ohnehin komme die Umfrage zu spät, sagt Clobes. Die Kritiker sagen, sie hätten bis zuletzt auf faire Gespräche und eine Einigung gehofft. Deshalb habe die Umfrage so spät stattgefunden.

Auch ein Gespräch mit Generalvikar Prof. Dr. Gerhard

Stanke vor drei Wochen brachte keine Einigung. „Wir haben kein überzeugendes Argument für die Fusion gehört“, sagt Lauer. „Die Gemeinde befürchtet den Verlust ihrer Identität durch die Neugründung der größeren Pfarrei. Diese Sorge ist unbegründet“, sagt Stanke unserer Zeitung.

In einer Einschätzung sind sich die Kritiker, der Pfarrer und der Generalvikar allerdings einig: Die Gemeinde ist zerrissen. Von „großen inneren Spannungen“ spricht Stanke. Er hofft, dass alle Beteiligten wieder einen gemeinsamen Weg finden. Denn die Entscheidung ist gefallen. Bischof Heinz Josef Algermissen hat die Gründungsurkunde für die neue Gemeinde bereits unterschrieben. Ein längerer Gesprächsprozess, moderiert von Experten von außen, soll die Gemeinde wieder befrieden.

„Mit Zigaretten habe ich nichts am Hut“

Schmuggelprozess: 33-Jähriger sagt aus / Viele Ungereimtheiten

BURGHHAUN

Der 33-Jährige aus Burghaun, der vier Millionen Zigaretten geschmuggelt haben soll, hat sich am vierten Verhandlungstag erstmals selbst zu den Vorwürfen geäußert. Er gibt zu, Hunderte Pakete verschickt zu haben – mit illegalen Zigaretten will er aber nichts zu tun gehabt haben.

Von unserem Redaktionsmitglied **SEBASTIAN KIRCHER**

Der Burghauner ist ein intelligenter Mann, hat in Weißrussland studiert und als Bauingenieur gearbeitet. Doch in Deutschland, wo er seit 2007 lebt, gelang ihm nur wenig. Weil er trotz mehrerer Sprachkurse keinen Job in seiner Branche fand, machte er sich 2010 in Fulda selbstständig – mit einem Handel für Autoteile und Maschinen. Geldgeber war ein weißrussisches Import-



Durch Schmuggeln von vier Millionen Zigaretten soll ein Burghauner 900 000 Euro hinterzogen haben. Foto: Fotolia

und Export-Unternehmen, das die Firma des 33-Jährigen in Fulda als eine Art Niederlassung betrieb.

Erfolgreich waren die Unternehmungen nie wirklich, erzählt er vor dem Landgericht. Der Angeklagte sollte sich deshalb nach neuen Geschäftsfeldern umsehen und suchte sein Heil in Immobilien. Er kaufte für das Unternehmen bei einer Zwangsversteigerung ein Anwesen in Burghaun, das er teuer weiterverkaufen sollte. Doch

auch das erwies sich als Flop: Die Sanierung des Hauses war viel aufwendiger als gedacht. Im Frühjahr 2014 zogen seine Geschäftspartner dann den Stecker und schlossen ihre deutsche Niederlassung. Gegen Miete durfte der 33-Jährige weiter in dem Burghauner Haus wohnen.

Nur war der Vater zweier kleiner Kinder fortan ohne Job. Seine Lösung: „Viele meiner Freunde arbeiteten im Versandhandel. In Burghaun hat-

te ich mehrere Garagen und einen großen Hof – perfekt, um viele Pakete zu lagern“, erklärt er. Waren aus Polen, Litauen, Russland und Weißrussland wurden seit Mitte 2014 bei ihm eingelagert und warteten darauf, nach Großbritannien und Irland weitergeschickt zu werden. Die Aufgabe des 33-Jährigen dabei: „Die Kartons aus dem Osten waren in fürchterlichem Zustand, dreckig, zerrissen, kaputt. Ich sollte sie stabiler verpacken.“ Bis auf etwa 15 von mehr als 500 Paketen habe er alle umladen müssen. Pro Paket habe er zwischen fünf und zehn Euro erhalten. In ihnen seien Autoteile oder Kleidung gewesen.

Der Angeklagte ist wortgewandt, er redet viel und schweift immer wieder von den Fragen der Wirtschaftsstrafkammer oder der Staatsanwaltschaft ab. Irgendwann wird es dem Vorsitzenden Richter Becker zu bunt. Er unterbricht den Burghauner und sagt: „Ich habe bisher nicht einmal das Wort Zigaretten vernommen.“ Und auch

Staatsanwalt Stephan Müller-Odenwald ärgert sich: „Das ist der größte Quatsch, den ich seit Langem gehört habe. Haben Sie sich nicht gedacht, wenn Fremde aus Litauen bei Ihnen etwas einlagern, dass darunter auch illegale Ware sein könnte?“ Der 33-Jährige zögert mit einer Antwort, denkt nach und erläutert: „Die haben mir schon gesagt, dass manches

AUS DEM GERICHT

vielleicht nicht ‚sauber‘ ist. Aber wenigstens waren keine Waffen oder Rauschgift drin. Und mit Zigaretten habe ich nichts am Hut.“ Als ihm der Staatsanwalt vorhält, dass in Paketen, die der Angeklagte persönlich abgegeben hat, Zigaretten gefunden wurden, behauptet der Burghauner: Das seien nunmal jene Kartons gewesen, die er nicht selbst verpackt habe.

Der Prozess wird am Mittwoch, 9 Uhr, fortgesetzt.

Anzeige

Rollo-kaufen.de
DÖPPNER Lütterz, 06648 9508-0

Protest gegen Suedlink

Jetzt beteiligen

KREIS FULDA Die Gemeinden Petersberg, Künzell und Eichenzell rufen Bürger dazu auf, sich am Konsultationsverfahren zu den neuen Stromnetzen zu beteiligen. Dies teilt das Aktionsbündnis der drei Kommunen in einer Presseerklärung mit.

Die Übertragungsnetzbetreiber haben vor Kurzem einen neuen Netzentwicklungsplan vorgelegt, der sechs Varianten der Planung beinhaltet. Die Öffentlichkeit kann noch bis 13. Dezember teilnehmen und Stellungnahmen zu den Vorschlägen abgeben.

Petersberg, Künzell und Eichenzell haben sich bereits im Sommer 2015 zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen, um zu verhindern, dass die geplante Stromtrasse Suedlink auf ihren Gemeindegebieten verläuft. Die Union setzt sich zudem für Erdkabel und Kostenkontrolle ein.

WEB netzentwicklungsplan.de/infos-zur-konsultation-0

Luftsog reißt Jungen am Gleis um

SCHLÜCHTERN Durch den Sog eines vorbeifahrenden Güterzugs wurde gestern Morgen ein 16-jähriger Junge aus Bad Soden-Salmünster mitgerissen und schwer verletzt. Er stand mit einer Gruppe von Jugendlichen am Bahnhof in Schlüchtern am Gleis und wartete auf einen Zug. Der Junge wurde durch den Luftzug des Güterzugs mitgerissen, wodurch er auf den Bahnsteig stürzte. Laut Bundespolizei kam der Jugendliche nicht mit dem Zug in Berührung. Dabei zog er sich laut Polizeisprecher erhebliche, aber keine lebensgefährlichen Kopfverletzungen zu.